

*Die Merkel geht und wer auch immer folgt, legt jetzt schon klar:
Die Krise sollen wir bezahl'n und ihren Krieg.
Lernt aus dem Schrecken, der schon zweimal war:
Wir sind zu mehr gut als zum Schuftent für der Räuber Trieb.*

Krieg ihrem Krieg!

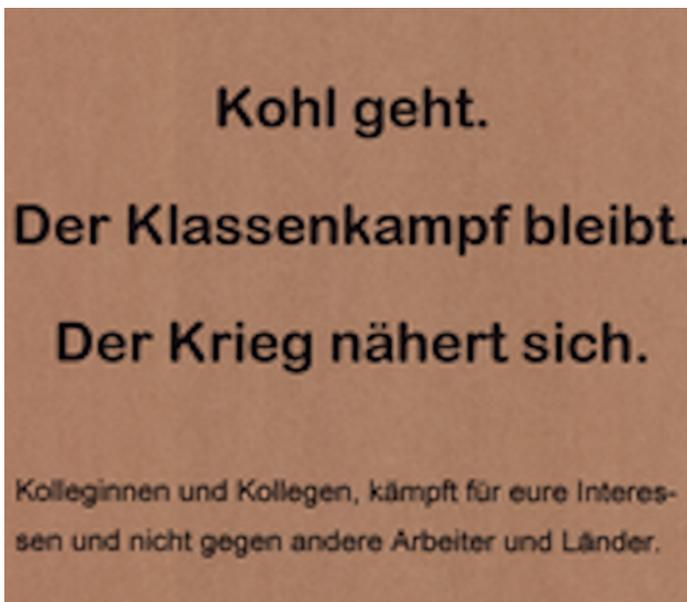
Kein Frieden mit Regierung und Kapital!



Herausgegeben zum
Antikriegstag 2021
www.revolutionaere-front.de



Jagd-U-Boot 212 A



1998

Mit dieser Feststellung warnten Kommunisten nach der Abwahl von Helmut Kohl.

Keine sechs Monate später: Die BRD, vertreten durch die neu gewählte Bundesregierung von SPD und den Grünen, eröffnet am 24. März 1999 zusammen mit anderen NATO-Staaten den Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Achtundsiebzig Tage lang bombardierten sie ohne UNO-Mandat serbische Krankenhäuser, Schulen, Wasserwerke und Chemiebetriebe. Dieser erste Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 führte zu einer gezielt herbeigebombten Katastrophe. 60 zerstörte oder beschädigte Brücken, 110 Krankenhäuser, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, das Fernsehzentrum, die Strom- und Wasserversorgung, 121 Industriebetriebe. 2500 Menschen fanden den Tod. Als besonders zynisches Kriegsverbrechen gilt bis heute neben dem Einsatz von über 30.000 Uran-Geschossen an über 80 Orten, die vorsätzliche Bombardierung der großen Chemiezentren in Pančevo, Novi Sad und Bor.

Seitdem folgen 20 Jahre, in denen die Militarisierung nach innen und nach außen Stück für Stück betrieben wurde. Sie soll nun zentralisiert werden durch die Schaffung eines „Nationalen Sicherheitsrates“ - eine Forderung, die Armin Laschet in seinem Regierungsprogramm hat, zumindest, wenn er bei der Konrad-Adenauer-Stiftung spricht. Dort weiter: Er bekräftige zudem die Forderung, Europa müsse weltpolitikfähig werden - durch strategische Geschlossenheit, aber auch indem ein Kerneuropa entschlossen vorangehe. Zudem könne nur „die Sprache der Macht sprechen“, wer auch die „Instrumente der Macht“ habe.



1932

warnte die KPD mit dieser Feststellung bei der Wahl des Reichspräsidenten davor, dass Hindenburg der Steigbügelhalter für Hitler werden wird - und der auf Krieg setzt. Wenige Monate später trat ein, wovor die KPD warnte: Das Großkapital hatte sich für Hitler entschieden. Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Die Folgen sind bekannt.

Heute können wir nicht sagen, wer die Funktion eines Hindenburgs einnehmen wird und wer die Funktion eines Hitlers.

Aber was wir feststellen können ist:

Keine Regierung wird den Weg dorthin aufhalten, im Gegenteil. Nur wir haben die Macht dazu, mit einer im Kampf gegen Faschismus und Krieg, gegen Regierung und Kapital geborenen Arbeiterregierung.

Der Frieden ist nicht wählbar

**Und endlich ist für
Deutschland
kein anderer Krieg
mehr möglich
als ein Weltkrieg**

Friedrich Engels, 1887

**27 Jahre vor Beginn des 1. Weltkriegs und
30 Jahre vor der Oktoberrevolution
schreibt Friedrich Engels:**

"Deutschland wird Verbündete haben, aber Deutschland wird seine Verbündeten und diese werden Deutschland bei erster Gelegenheit in Stich lassen. Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nicht geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankrott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehn, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse."



**1914 – Karl Liebknecht
Der Hauptfeind steht im eigenen Land
Krieg dem Krieg!**

Als die Arbeiter und ihre Söhne die Gestellungsbefehle für den 1. Weltkrieg erhielten, war es ihre eigene Partei, die SPD, die sie mit Hurra in den Krieg schickte. Es war in Deutschland eine Handvoll Unbeugsamer, ihnen voran Karl Liebknecht, die die Gefolgschaft in den Krieg verweigerten und erklärten: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Dafür wird er 1915 zu über 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aber all das nutzte den Kriegstreibern nichts. Der Sieg der Arbeiterklasse in Russland, die Oktoberrevolution, besiegelte den Anfang von ihrem Ende. Am 12. November 1917 geht von dem ersten Arbeiterstaat der Welt der historische Funkspruch „An Alle“ durch die Welt, in dem alle kriegsführenden Länder aufgefordert werden, sofort einen Waffenstillstand zur Führung von Friedensverhandlungen abzuschließen.

Auch in Deutschland haben die Arbeiter den Krieg beendet. Aber sie haben es nicht geschafft, wie ihre Brüder und Schwestern in Russland, ihren eigenen Staat aufzubauen und das Übel an der Wurzel zu packen: Den Kapitalismus. Denn im Kampf gegen die Geißel des Krieges geht es vor allem darum, den Kapitalisten ihre Tatwaffe, die Fabriken, zu entreißen. Das stellt zwingend die Frage, wer dann über die Produktion bestimmt. Die Frage ist spätestens seit 1917 praktisch beantwortet: Die Arbeiterklasse. Und die will keinen Krieg, braucht keinen Krieg, im Gegenteil.

**Revolutionen beenden
Kriege**

Lernt von den Hafen- arbeitern in Genua



Fünf Hafenarbeiter stehen vor Gericht, weil sie gehandelt haben nach Arbeiterart. Vor zwei Jahren blockierten Hafenarbeiter in Genua das Hafenbecken, um die Verladung von Kriegsgerät auf ein Frachtschiff zu verhindern. Das sorgte für internationales Aufsehen, und Papst Franziskus erklärte:

„Christliche europäische Länder reden über Frieden und leben von Waffen – das nennt man Heuchelei. Die Arbeiter im Hafen sagten Nein. Sie haben das gut gemacht.“

Du brauchst keinen Papst, um zu wissen: Es geht nicht nur darum, ob Du arbeitest, sondern was du arbeitest. Das ist auch bei uns, mehr und mehr für den Krieg. Und ihr Staat macht mobil gegen uns; sobald wir handeln nach Arbeiterart, sind wir für sie Terroristen - ob in Italien oder hier.

Wer sich aber zum Helfer des deutschen Imperialismus macht, wird mit ihm umkommen, was die Ortskräfte in Afghanistan gerade am eigenen Leib erleben müssen.



Solidaritätsadresse

des Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München

Solidarietà ai portuali di Genova e ai loro sostenitori antifascisti

Siamo il gruppo di lavoro "Attivi contro la destra" del sindacato Ver.di (sindacati uniti del settore servizio) di Monaco di Baviera.

Stiamo lottando attivamente per prevenire che la gente in nostro paese cada di nuovo nella trappola delle bugie e delle campagne diffamatorie e si lasci attrarre dalla guerra e dal fascismo. Per questo siamo solidali con tutte le forze che combattono l'esportazione delle armi - nel nostro paese e altrove. Sentiamo una responsabilità speciale, perché una delle più grandi fabbriche tedesche di materiali di armamento (la Rheinmetall) è collegata con la RWM Italia ed lo stabilimento in Sardegna.

Ringraziamo tantissimo voi, i portuali di Genova, per le azioni contro le navi che trasportano armi verso paesi in guerra come l'Arabia Saudita!

Così avete dimostrato che la solidarietà internazionale non è una frase vuota, ma esiste veramente. Questo fatto è troppo spesso tenuto segreto dai media (giornali e televisioni) - cosa che non accade per caso a nostro parere: dovremmo diventare insicuri, rassegnarci e credere che comunque non si può fare niente!

Le vostre azioni confermano che questa tattica non avrà sempre successo. Perché ci sono persone coscienti e coraggiose che vogliono impedire l'esportazione delle armi.

Le vostre azioni danno anche l'esempio di quanto sia importante, per i lavoratori, di assumere il controllo su ciò che producono e dell'uso che di fa del loro prodotto. La produzione e l'esportazione di armi offrono giganteschi profitti alle aziende e alle imprese. Ma i lavoratori non possono restare indifferenti al fatto che c'è un rischio mortale e che i loro prodotti uccidono.

I portuali di Genova non vogliono collaborare a questo mercato e hanno rischiato molto. Lo dimostrano anche le indagini della Procura di Genova e le notevoli repressioni contro cinque lavoratori del Calp. Speriamo che non ne risulti una condanna! Anzi, al contrario chiediamo l'archiviazione del procedimento penale contro i compagni.

Con questo messaggio vogliamo esprimere il nostro sostegno alla vostra lotta.

Viva la solidarietà internazionale che rendete concreta con il vostro impegno!



Wir sind der Arbeitskreis „Aktiv gegen Rechts“ der Gewerkschaft ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) München.

Wir kämpfen aktiv dafür, dass die Menschen in unserem Land nicht auf Lügen- und Hetzkampagnen hereinfallen und sich zu Krieg und Faschismus verführen lassen. Deshalb sind wir solidarisch mit allen Kräften, die den Waffenexport bekämpfen - in unserem Land und anderswo. Wir fühlen uns in besonderer Verantwortung, denn eines der größten deutschen Rüstungsunternehmen (Rheinmetall) ist mit RWM Italia und dem Werk auf Sardinien verbunden.

Wir danken euch, den Hafearbeitern von Genua, sehr für eure Aktionen gegen Schiffe, die Waffen in kriegsführende Länder wie Saudi-Arabien transportieren!

Damit habt ihr gezeigt, dass internationale Solidarität keine leere Worthülse ist, sondern existiert. Diese Tatsache wird in Veröffentlichungen (Zeitungen und Fernsehen) zu oft verschwiegen - eine Sache, die unserer Meinung nach kein Zufall ist: Wir sollen verunsichert werden, resignieren und glauben, dass sowieso nichts getan werden kann!

Eure Aktionen bestätigen, dass diese Taktik nicht immer erfolgreich sein wird. Denn es gibt bewusste und mutige Menschen, die den Waffenexport verhindern wollen.

Euer Handeln ist auch ein Beispiel dafür, wie wichtig es ist, dass Arbeiter die Kontrolle übernehmen über das, was sie produzieren und wozu ihre Produkte dienen. Die Produktion und der Export von Waffen bieten Firmen und Unternehmen enorme Gewinne. Aber die Arbeiter können nicht gleichgültig bleiben, dass ein tödliches Risiko besteht oder dass ihre Produkte töten.

Die Hafearbeiter von Genua wollen auf diesem Markt nicht mitarbeiten und haben viel riskiert. Dies zeigen auch die Ermittlungen der Genueser Staatsanwaltschaft und die erheblichen Repressionen gegen fünf Calp-Arbeiter. Hoffen wir, dass es keine Verurteilung geben wird! Im Gegenteil, wir fordern die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Genossen.

Wir möchten mit dieser Botschaft unsere Unterstützung für euch zum Ausdruck bringen.

Hoch lebe die internationale Solidarität, die ihr mit eurem Engagement vorlebt!

Krieg dem Krieg!

Kriegswirtschaft am Beispiel der Bahn

Kollegen,

was haben Eisenbahner, Hafen-, Chemie- und Metallarbeiter im Kapitalismus gemeinsam? Keiner von ihnen bestimmt was transportiert, verladen oder produziert wird. Sie haben keinen Einfluss ob Kriegsmaterial oder Produkte für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse hergestellt werden. Die Arbeitenden sind Befehlsempfänger der Bourgeoisie! Immer mehr militärische Produktion verdrängt die zivile und auch die Transporte werden immer öfter militärisch und strategisch.

Ständig werden durch die herrschende Ausbeuterklasse Kriege provoziert und geführt. Beendet hat die Arbeiterklasse unter anderem die Weltkriege durch beherzten und gemeinsamen Kampf, sei es der Erste Weltkrieg durch die Oktoberrevolution oder der Zweite Weltkrieg durch den herausragenden Beitrag der Sowjetunion. Bei einem nächsten Völkerschlachten wird uns keine sozialistische Arbeitermacht mehr beiseite stehen. Im Gegenteil: Die Zahl der Räuber ist noch größer geworden!

Und der deutsche Räuber ist schon lange wieder dabei. Ein Beispiel für die Kriegswirtschaft: Die Deutsche Bahn. Die Deutsche Bahn ist länderübergreifend nicht nur in Europa sondern weltweit tätig. So soll der erneute Großmachtanspruch logistisch abgesichert und die Völker unter deutscher Knute gehalten werden, die Ausbeutung der Völker und der Zugriff auf ihre Rohstoffe verlangen militärischen Schutz, wenn die Unterdrückten aufstehen.

Das Projekt „militärische Mobilität“ fordert die Erhöhung des Truppenverlegetempos in ganz Europa, soll heißen, Streitkräfte bei Bedarf mit höchster Geschwindigkeit in Richtung Russland zu verlegen. Zu diesem Zweck schloss bereits im Dezember 2018 die Bundeswehr einen Rahmenvertrag mit der Deutschen Bahn (DB Cargo) über Transportkapazitäten ab. Die Lokführer sollen wieder Züge mit Kriegsgerät bis an die Grenze Russlands fahren.

- Mehr als 1.000 vollständige Züge sind vertraglich pro Jahr vereinbart.
- Militärzüge haben dann Vorrang vor Personenzügen wie in den letzten Weltkriegen.
- Dafür werden zwei Gleistrassen freigehalten.
- Ständig bereit halten muss die Bahn zusätzlich 300 geeignete Waggons und Lokomotiven.
- 12% des verfügbaren europäischen Bestandes an Flachwagen sind für die Bundeswehr zu reservieren.

Der 100 Millionen Euro teure Vertrag zwischen der Bundeswehr und der Bahn ist offenbar wichtiger als der zivile Einzelwagenverkehr und missachtet das Grundgesetz, in dem es laut Artikel 87e sinngemäß heißt: Die Bahn agiert zum Wohl der Allgemeinheit. Schon heute also wird die Allgemeinheit Opfer des drohenden Krieges und Zahlmeister der kommenden Eroberungen. Um das zu verschleiern, sind die Eisenbahner über diesen Pakt zwischen Spitzenmilitärs und der Deutschen Bahn von den Verantwortlichen bisher nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Nur in Rheinland-Pfalz regte sich Widerstand. In diesem Bundesland hat die Eisenbahner und Verkehrsgewerkschaft (EVG) den Pakt zwischen dem Militär und der Bahn angeprangert und deren Beendigung gefordert. Dem sind aber keine Taten gefolgt, folgerichtig ist dieser Widerstand im Sande verlaufen und hat bis heute zu keinen Konsequenzen geführt.

Schon immer hat sich das Militär der modernsten Mittel bedient, auch beim Transport und die Bahn ist für Truppentransporte notwendig. Im faschistischen Weltkrieg wurden die Eisenbahner als Staatsbedienstete nicht nur für den Militärtransport herangezogen, sondern auch für die Transporte in Konzentrationslager und sie haben so zum Völkermord und der Vernichtung beigetragen.

Die Propaganda ist bereits alltäglich, die Bevölkerung von Großdeutschland wird kriegsbereit gemacht. Zum wiederholten Male wird angestrebt, die Eisenbahner staatstreu als Kanonenfutter zu missbrauchen.

Es kann nur einen Ausweg geben! Die Hafenarbeiter in Genua haben ihn in Angriff genommen, doch aus diesem Tropfen auf dem heißen Stein muss ein reißender Strom werden, der die Kriegstreiber hinwegspült. Denn Krieg ist kein Naturereignis, diesen Strom muss die Klasse der Ausgebeuteten gegen den Hauptfeind im eigenen Land und dennoch alle Völker gemeinsam erzeugen!

**Ein Lokführer
Mitkämpfer in der Revolutionären Front**



**Kommt
zum
Prozess!**

1. September
Antikriegstag
9:00 Uhr
Amtsgericht
München
Nymphenburgerstr. 16
Sitzungssaal
A224

Kriegsverbrecher BMW auf die Anklagebank!

Verbrechen darf sich nicht lohnen – welch ein Hohn, wenn man auf BMW schaut. Im ersten Weltkrieg mit Kriegsproduktion groß geworden, im zweiten Weltkrieg wieder von Faschismus und Krieg profitiert, allein in München



mindestens 16.664 Zwangsarbeiter aus Polen, der Sowjetunion und anderen überfallenen Ländern geraubt und hier bis aufs Blut, bis zum Tod ausgebeutet. Heute werden wieder

deren Enkel u.a. aus Polen als Leiharbeiter ausgebeutet und je nach Profitinteresse wieder von einem Tag auf den anderen ein- oder ausgestellt. Denn die Schuldigen, Quandt, Klatten und Co, wurden niemals zur Rechenschaft gezogen und sie nutzen weiterhin ihre Macht aus, um willkürlich die Existenz von Zehntausenden aufs Spiel zu setzen.

Deswegen setzten wir uns am 20. Juli. 2020, ein Zeichen unter der Losung „Die Arbeiter bleiben – entlassen werden Quandt, Klatten und Co“ und besetzten für kurze Zeit die Eingänge des BMW- Zylinders, während zwei Genossen auf das Vordach des Gebäudes stiegen und ein Transparent mit der Aufschrift „Die oder Wir“ weithin sichtbar hochhielten. Diese Genossen wurden anschließend polizeilich abgeführt und es wurde Anklage wegen Hausfriedensbruch erhoben. Exakt am Antikriegstag ist nun der Prozess. Wir erklären: Auf die Anklagebank gehört BMW – gerade am 1. September, dem Antikriegstag!

Revolutionäre Front – Rote Fahnen sieht man besser: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD – Sekretariat des ZK für Betrieb und Gewerkschaft • Arbeits- und Koordinationsausschuss der Fünften Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik • Revolutionäre Front – Abteilung Berlin • Freie Deutsche Jugend (FDJ) • IGM-Vertrauensleute, Betriebsräte und Kollegen aus dem Daimler-Werk Bremen, sowie weitere Kollegen • Revolutionäre Front – Abteilung München • Revolutionäre Front – Abteilung Nürnberg (u.a. Bir-Kar Nürnberg, sowie Kollegen aus Nürnberger Betrieben) • Revolutionäre Front – Abteilung Regensburg • Revolutionäre Arbeitergruppe aus den Betrieben Continental Teves (Frankfurt/Main), manroland (Offenbach), Mercedes Benz (Werk Würth), RollsRoyce (Oberursel), LSG/Flughafen - Hessen/Rheinland-Pfalz. Und weitere: ...

Zentraler Rat der Revolutionären Front – Rote Fahnen sieht man besser

www.Revolutionaere-Front.de • Zentraler-Rat@Revolutionaere-Front.de

Rainer Herth (V.i.S.d.P.), Postfach 500131, 60391 Frankfurt/Main • Spendenkonto: Rainer Herth, DE33500105175404180292, ING-DiBa

Redaktionsschluss: 16.8.2021





Kumpel tragen sich in die Liste gegen die Remilitarisierung ein.



Kein Frieden...

Die 5. DGB-Bundesjugendkonferenz 1962 erklärte zur Mahnung und Warnung den 1. September zum Antikriegstag und beschloss, an diesem Tag alljährlich Demonstrationen gegen den Krieg durchzuführen. Wir brauchen den Antikriegstag dringender denn je
KEIN Frieden mit der Bundeswehr,
KEIN Frieden mit der Regierung,
KEIN Frieden mit dem Kapital!



Bilder oben: Aktionen in den 50er Jahren gegen die Remilitarisierung
links: Antikriegstag 1979
rechts: Antikriegstag 1989. Bertolt Brechts Legende vom toten Soldaten, eine Aktion, die vier Jahre lang gegen den Staat durchgesetzt werden musste.
unten: DGB-Kundgebung zum Antikriegstag 1983

